

Frühjahrstagung der DGS-Sektion „Umweltsoziologie“, in Zusammenarbeit mit dem Museum für Naturkunde Berlin, zum Thema:

Partizipation und die Gestaltung der Verhältnisse von Natur und Gesellschaft

am 11. und 12. April 2019

im Museum für Naturkunde Berlin, Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung, Invalidenstraße 43, 10115 Berlin

Call for Papers

„Partizipation“ gilt seit den 1960er Jahren als ein Schlüsselbegriff praktischer wie wissenschaftlicher Politik-Diskurse (cf. Milbrath 1965; Kaase 1979). Teilhabe an den öffentlichen Beratungen und den Entscheidungen der Gesellschaft, aktiv neue Entwicklungen anzustoßen und die Zukunft zu gestalten, entspricht den emanzipativen Idealen der Zeit (cf. Habermas 1961) und muss als Bestandteil der normativen Kultur der Moderne (cf. Münch 1993) betrachtet werden, – ein Bestandteil, der sich aus der graeco-lateinischen Reflexionstradition sozietären Zusammenlebens speist (cf. Riedel 1972).

Die Gestaltung von Beziehungen der Gesellschaft zur Natur gehört zu den Politikfeldern, in denen Bürger*innen ihre Beteiligung an politischen Entscheidungen einfordern. Zunächst vielfach als Zivilisationskritik vorgetragen und gebunden an die Alternativbewegung und ihre „partizipatorische Revolution“ (Kaase 1982), haben ökologische Themen und Anliegen ihren Weg in die Strukturen der professionalisierten Politik gefunden. So widmen sich heute in vielen Repräsentativdemokratien nicht nur Ministerien, sondern auch Parteien dem Schutz von Natur und Umwelt und in der internationalen Politik sind der Schutz des Klimas, der Erdatmosphäre und der biologischen Vielfalt Anlässe für Zusammenarbeit sowie Gegenstände von Abkommen geworden. Diese Entwicklungen sind allerdings nicht mit einem erneuten Rückzug der interessierten Bürger*innen ins Private einhergegangen. Denn gleichzeitig hat sich zivilgesellschaftliches Engagements für Natur- und Umweltschutz konsolidiert und findet heute, orientiert an Zielen einer nachhaltigen Entwicklung, auf unterschiedlichen Ebenen der *policy*-Formulierung und -Durchsetzung statt.

Begünstigt durch die Diffusion politisch-partizipativer Ideen und durch die Entstehung des Internets ist die Gestaltung von Gesellschaft-Natur-Vernetzungen heute kaum noch ohne Beteiligung von Bürger*innen denkbar, die sich kritisch mit der jeweiligen Politik

auseinandersetzen. Das gilt nicht nur für die vielen verschiedenen Initiativen, die Wege zu einer nachhaltigeren Gesellschaftsentwicklung explorieren, sondern auch für Proteste und Widerstände gegen politische Maßnahmen, die selbst Nachhaltigkeitsziele verfolgen (wie z.B. die Einrichtung von Naturschutzgebieten oder Nationalparks oder den Ausbau von erneuerbaren Energietechnologien). Nicht zuletzt weisen auch die Fragen danach, wie die Erzeugung von Wissen partizipativ zwischen Wissenschaftler*innen und Nicht-Wissenschaftler*innen vonstattengehen kann und wer dabei welche Ziele verfolgt (etwa *indigenous and local knowledge* in den Assessments des IPBES oder in Konzepten der Bürgerwissenschaft bzw. der transdisziplinären Forschung allgemein), auf einen Komplementärbegriff von „Partizipation“ hin, nämlich auf den der Herrschaftsverhältnisse. Nur wer über Macht verfügt – sei es aufgrund von Recht und Gesetz, von Reputation und öffentlicher Mobilisierung oder von ökonomischem Kapital –, kann diese teilen.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die Sektion Umweltsoziologie in der Frühjahrstagung 2019 mit dem Thema „Partizipation und die Gestaltung der Verhältnisse von Natur und Gesellschaft“ in der ganzen Breite des Partizipationsbegriffes. Von Interesse sind beispielsweise Analysen

- der Bedeutsamkeit von ökologischen Themen für repräsentativdemokratische Wahlentscheidungen auf den verschiedenen Politikebenen,
- der Gestaltung von Teilhabe oder Teilnahme an umweltbezogenen Planungen und Verwaltungsakten,
- zur Mitbestimmung über ökologische und nachhaltigkeitsbezogene Fragen im Wirtschaftssystem (etwa am Beispiel von betrieblicher Mitbestimmung oder Unternehmensmitbestimmung),
- zur Einbeziehung oder Nicht-Einbeziehung von Marginalisierten (oder sich marginalisiert Fühlenden) in kollektive umweltbezogene Entscheidungsprozesse,
- der partizipativen Erzeugung von Wissen die Beziehungen von Natur und Gesellschaft, sei es System-, Ziel- oder Transformationswissen,
- der Teilnahme an und (Mit-)Gestaltung von öffentlichen Diskursen über Natur-Gesellschaft-Verhältnisse,
- zur Reichweite von Partizipationsangeboten: inwieweit entwickeln sie sich zur „Spielwiese der Modernisierungsgewinner“ (Jörke 2018, 177)“?

Die Tagung ist offen für die Vielfalt gesellschaftlicher Phänomene, die in Verbindung mit dem Partizipationsbegriff reflektiert werden können. Dabei kann sowohl ein normatives als auch ein instrumentelles Partizipationskonzept den begrifflichen Rahmen darstellen. Von Bedeutung ist, dass das jeweilige Partizipationsphänomen methodisch erschlossen und nach Möglichkeit auf theoretische Verallgemeinerbarkeit diskutiert wird.

Beitragsvorschläge werden per E-Mail **bis spätestens zum 3.02.2019** an den verantwortlichen Organisator vor Ort, Jens Jetzkowitz, erbeten. Die Abstracts sollten nicht mehr als 500 Wörter (inkl. Literaturangaben) umfassen, in die Fragestellung des Vortrags einführen und Grundzüge der Argumentation darlegen.

Organisation:

Verantwortlich vor Ort:

Jens Jetzkowitz, Museum für Naturkunde Berlin, Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung, Invalidenstraße 43, 10115 Berlin, Jens.Jetzkowitz@mf.n.berlin

Mit-Organisatoren:

Katrin Vohland, Museum für Naturkunde, Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung

Stephan Lorenz, Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Melanie Jaeger-Erben, Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin